



EESC Info

European Economic and Social Committee

A bridge between Europe and organised civil society

January 2021 | DE

Available Languages:

ES	BG	CS	DA	EN	DE	ET	FR	EL	GA	HR	IT	LV	LT	HU	MT
NL	PL	PT	FI	RO	SK	SL	SV								

GRUSSWORT



Auf ein frohes, friedliches und besser planbares neues Jahr!

Auf ein frohes, friedliches und besser planbares neues Jahr!

Liebe Leserinnen und Leser!

Der Beginn des neuen Jahres steht noch immer ganz im Zeichen von COVID-19, Lockdown und den Arbeitsmarktfolgen, die Impfstoffe lassen aber für die Zukunft auf Besserung hoffen. 2021 wird es darum gehen, genügend Impfdosen für alle bereitzustellen und die Menschen vom Sinn der Impfung zu überzeugen. Je weiter wir damit vorankommen, desto mehr werden wir uns überlegen müssen, wie wir Europa nach der Coronakrise wieder in Schwung bringen und gestalten wollen.

Portugal, das seit dem 1. Januar den Vorsitz im Rat der EU innehat, blickt jedenfalls breit aufgestellt auf die Zukunft. Zu den Prioritäten des portugiesischen Ratsvorsitzes gehören die Bekämpfung der Wirtschaftskrise und die Abfederung ihrer Folgen für die Bürgerinnen und Bürger durch einen fairen, grünen und digitalen Aufschwung.

Der EWSA begrüßt diese Prioritäten und will mit den Sondierungsstellungnahmen, die er auf Ersuchen des portugiesischen Ratsvorsitzes erarbeiten wird, zu ihrer praktischen Umsetzung beitragen. Wir werden uns mit dem Thema Telearbeit auch unter dem Gesichtspunkt der Geschlechtergleichstellung befassen. Daneben werden unsere Mitglieder Stellungnahmen zur Berufsbildung und zu den Schwierigkeiten beim Aufbau eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums erarbeiten.

Die Rolle der Sozialwirtschaft bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte ist Thema einer weiteren Sondierungsstellungnahme. Bei sozialen Fragen sind meine Erwartungen an den informellen EU-Sozialgipfel hoch, der im Mai 2021 in Porto stattfinden soll. Der EWSA will auch weiterhin gerne an der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte mitwirken.

Natürlich werden wir uns auch mit dem grünen Wandel und der Digitalisierung befassen – den beiden Megatrends, die für die Zukunft der EU eminent wichtig sein werden. Wie ich in den Prioritäten meiner Präsidentschaft dargelegt habe, müssen wir dafür sorgen, dass dieser Wandel allgemein der EU und vor allem den Bürgerinnen und Bürger zugutekommt.

2021 ist das erste Jahr des neuen langfristigen EU-Haushalts, dazu werden die außerordentlichen Mittel des Aufbaufonds NextGenerationEU in diesem Jahr freigegeben. Der EWSA wird dessen Umsetzung auf nationaler Ebene verfolgen. Mit ihrem Praxiswissen können unsere Mitglieder helfen, Engpässe bei der Freigabe der Mittel festzustellen, und sie sind in der Lage, die Wirkung dieser beispiellosen Ressourcen auf den Wiederaufschwung zu beurteilen. Von größter Bedeutung ist und bleibt, dass die Mittel rasch zugänglich werden.

Der Beschluss über die Konferenz zur Zukunft Europas steht leider immer noch aus. Ich hoffe, dass die interinstitutionelle Debatte hierüber bald zum Abschluss kommt, damit wir uns an die Arbeit machen und den Diskussionsbeitrag der organisierten Zivilgesellschaft formulieren können.

Zuguterletzt werden wir weiter am Image unseres Ausschusses feilen. Wie zu Beginn meiner Präsidentschaft versprochen, wollen wir uns mit einem verbesserten Verhaltenskodex höheren ethischen Standards verpflichten und für mehr Transparenz sorgen.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre dieses Newsletters und alles Gute für 2021! Auf ein frohes, friedliches und besser planbares neues Jahr!

Christa Schweng

Präsidentin des EWSA

BITTE VORMERKEN

24./25. Februar 2021, Brüssel

EWSA-Plenartagung

18./19. März 2021, Brüssel

Your Europe, Your Say! 2021

EINE FRAGE AN ...



Eine Frage an ...

In unserer Rubrik „Eine Frage an ...“ bitten wir EWSA-Mitglieder, eine Frage zu beantworten, die wir für besonders aktuell und wichtig halten.

Wir haben Dimitris Dimitriadis, Vorsitzender der Fachgruppe Außenbeziehungen, gebeten, mit den Leserinnen und Lesern von EWSA info seine Ansichten zu den Wahlen in den USA zu teilen.



Für eine starke Partnerschaft zwischen der EU und den USA

von Dimitris Dimitriadis, Vorsitzender der Fachgruppe Außenbeziehungen

Die neue transatlantische Agenda steht derzeit ganz oben auf der politischen Tagesordnung aller europäischen Institutionen. Unser Ausschuss und insbesondere die Fachgruppe Außenbeziehungen unterstützen diesen Ansatz nachdrücklich. Beispielsweise haben in der letzten Sitzung unseres Begleitausschusses Transatlantische Beziehungen prominente Gäste die Bedeutung eines starken und verlässlichen Dialogs mit der Zivilgesellschaft betont; ebenso wurde in der Erklärung des EWSA-Präsidenten und meiner Stellungnahme zu den US-Wahlen 2020 der Hoffnung auf eine starke Partnerschaft bei der Bewältigung globaler Herausforderungen Ausdruck verliehen.

Die Europäische Union **ist und bleibt jederzeit ein starker Partner und Verbündeter der Vereinigten Staaten**. Deshalb sehen wir einem erneuten produktiven und fruchtbaren Dialog über sämtliche Themen erwartungsvoll entgegen, die unter der Vorgängerregierung blockiert waren.

Ich befürworte daher die ermittelten Bereiche einer etwaigen engeren Zusammenarbeit (nämlich für eine gesündere Welt nach COVID-19, für den Schutz unseres Planeten und für Wohlstand, bei Technologie, Handel und Standards und nicht zuletzt für eine sicherere, wohlhabendere und demokratischere Welt). Ich bin überzeugt, dass ein starker Dialog mit der Zivilgesellschaft und zwischenmenschliche Beziehungen bei der Verwirklichung dieser Ziele eine entscheidende Rolle spielen. Natürlich umfassen die vorgenannten Ziele auch die Grundsätze des Multilateralismus und die internationalen Strukturen, an deren Aufbau wir gemeinsam mitgewirkt haben.

Wir, die wir im EWSA die europäischen Organisationen der Zivilgesellschaft vertreten – insbesondere der Vorsitzende des Begleitausschusses Transatlantische Beziehungen, Christian Moos, und

ich in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Fachgruppe Außenbeziehungen –, werden uns weiterhin entschlossen einsetzen, um die Brücken über den Atlantik zu stärken.

UNSER ÜBERRASCHUNGSGAST



Überraschungsgast

Jeden Monat stellen wir Ihnen einen Überraschungsgast vor. Prominente europäische Persönlichkeiten präsentieren an dieser Stelle ihre Sicht auf die Welt, setzen frische Impulse, erweitern Horizonte, regen uns an und vermitteln neue Erkenntnisse.

Unser Überraschungsgast ist Frau Professor **Danuta Hübner**, Mitglied des Europäischen Parlaments. Ihre beeindruckende berufliche Karriere war vor allem von internationalen und europäischen Themen geprägt.

In Polen nannte man sie Frau Europa, weil sie beim Beitritt Polens zur Europäischen Union eine entscheidende Rolle spielte. Von 2001 bis 2004 war sie Ministerin für europäische Angelegenheiten. 2004 wurde sie das erste polnische Mitglied der Europäischen Kommission und war zunächst in der Kommission Prodi und dann in der Kommission Barroso (2004–2009) für internationalen Handel und in der Folge für

Regionalpolitik zuständig.

Nach ihrer Wahl ins Europäische Parlament 2009 wurde sie Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei und war Vorsitzende des Ausschusses für regionale Entwicklung. Nach ihrer Wiederwahl für die Mandatsperiode 2014–2019 leitete sie den Ausschuss für konstitutionelle Fragen.

2019 wurde sie erneut wiedergewählt und ist nun Mitglied des Ausschusses für internationalen Handel, des Ausschusses für Wirtschaft und Währung und des Ausschusses für konstitutionelle Fragen, wo sie als Koordinatorin der EVP fungiert. Sie ist Mitglied der EP-Lenkungsgruppe Brexit und führt gegenwärtig den Vorsitz der Gruppe zur Überwachung der Umsetzung des Austrittsabkommens.



Überraschungsgast Danuta Hübner zum Brexit

Am 23. Juni 2016 stimmten die Bürgerinnen und Bürger des Vereinigten Königreichs in einem konsultativen Referendum darüber ab, ob ihr Land die Europäische Union verlassen soll. Das britische Volk sprach sich mit sehr knapper Mehrheit für den Austritt aus der EU aus. Das Ergebnis fiel jedoch in den verschiedenen Landesteilen unterschiedlich aus: In Schottland, in Nordirland und auch in London votierten die Bürger für den Verbleib in der EU. Nichtsdestotrotz folgte auf das Referendum die Zusage der britischen Regierung, den Brexit umzusetzen. Am 1. Februar 2020 trat das Austrittsabkommen in Kraft, und es begann eine 11-monatige Übergangsphase. Damit wurde für alle vom Brexit Betroffenen Rechtssicherheit geschaffen. Am 1. Januar 2021 wurde das Vereinigte Königreich mit dem Inkrafttreten des Abkommens über die künftigen Beziehungen offiziell zu einem Drittland.

Das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich ist in vielerlei Hinsicht beispiellos. Vor allem hat es die in mehr als 45 Jahren gemeinsam aufgebauten Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich erheblich eingeschränkt.

Eine wichtige Volkswirtschaft hat eine präferenzielle Handelszone, den Binnenmarkt mit 450 Millionen Menschen und die weltweit größte und einflussreichste Normungs- und Regelungsinstanz freiwillig verlassen.

Dies geschieht zu einer Zeit, da die Welt von drei großen Weltmächten geprägt ist (den USA, der EU und China) und die globale Pandemie Solidarität und Zusammenarbeit erfordert. Befeuert wurde der EU-Austritt durch den politischen Willen zur Wiedererlangung der Kontrolle und durch ein eher traditionelles Verständnis des Begriffs Souveränität.

Die Verhandlungen über dieses Abkommen waren mühsam und schwierig, mit Unsicherheiten behaftet. Ein No-Deal schien fast bis zur letzten Minute der Übergangsphase unvermeidbar. Dennoch ist es der Europäischen Kommission gelungen, die Verhandlungen so lange fortzuführen, bis eine Einigung möglich wurde. Glücklicherweise hat die

britische Regierung das Souveränitätsargument nicht als Vorwand für einen No-Deal verwendet, der katastrophale Folgen gehabt hätte.

Ein No-Deal war für die EU nie eine Option gewesen. Uns war klar, dass selbst ein dürftiges Abkommen immer noch besser ist als gar kein Abkommen. Aber ob mit oder ohne Abkommen – in jedem Fall wird es zu Verzerrungen kommen. Die Öffentlichkeit und die Wirtschaft auf beiden Seiten des Ärmelkanals werden die Kosten dafür tragen.

Selbst die besten Vorbereitungsmaßnahmen können uns nicht in vollem Umfang vor den Folgen des Brexits schützen, der Großbritannien zu einem Drittland macht. Die gute Nachricht ist, dass alle im Austrittsabkommen vorgesehenen Maßnahmen in Bezug auf die irische Grenze und die Rechte der Bürgerinnen und Bürger umgesetzt wurden und rechtzeitig in Kraft getreten sind.

Erwähnenswert ist auch, dass sich das Europäische Parlament in Bezug auf sein demokratisches Recht, das künftige Abkommen zu prüfen, überaus flexibel gezeigt und angesichts der außergewöhnlichen Umstände seine Zustimmung zur vorläufigen Anwendung des Abkommens erteilt hat.

Das Parlament hat dies in Kauf genommen, da wir glauben, dass wir bei einer Einigung über die künftige Partnerschaft den Dialog mit dem Vereinigten Königreich langfristig aufrechterhalten können. Das ist die Sache wert.

Niemand weiß, wie ein solches Referendum heute ausgehen würde, wo die breite britische Öffentlichkeit viel besser Bescheid weiß, was es bedeutet, nicht mehr der EU anzugehören, und sich die Welt rund um das Vereinigte Königreich so dramatisch verändert hat. Herrscht im Vereinigten Königreich nach wie vor Brexit-Stimmung? Das werden wir nie erfahren. Ich wünsche unseren britischen Freunden jedoch alles Gute.

Das Leben wird zeigen, inwieweit jeder von uns auf diese neue Situation wirklich vorbereitet war. Es wird auch die erzielte Einigung sowie den Wert der britischen Souveränität auf die Probe stellen.

Beide Seiten glauben, einen guten Deal ausgehandelt zu haben. Unvermeidlich sind allerdings Beeinträchtigungen, die Kosten verursachen werden. Die Verbraucher und die Unternehmen werden den Preis dafür zahlen, dass Großbritannien nicht mehr Teil des Binnenmarktes und der Zollunion ist. Junge Menschen aus der EU, die in Großbritannien studieren wollen, werden nicht mehr den Status inländischer Studierender haben. Die britische Regierung war an einer weiteren Teilnahme des Landes am Erasmus-Austauschprogramm nicht interessiert.

Der freie Personen-, Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen der EU und Großbritannien ist beendet. Es wird Hindernisse für Mobilität und Handel geben.

Aber London bleibt weiterhin ein wichtiges globales Finanzzentrum, und ich hoffe, dass wir hier einen kooperativen Ansatz entwickeln werden.

Das Karfreitagsabkommen bleibt gewahrt. Der EU ist es gelungen, die Integrität ihres Binnenmarktes mit seinen 450 Millionen Teilnehmern zu erhalten. Sie hat zudem vom ersten Tag an ihre Einheit gewahrt und gleichzeitig ihre Grundwerte und Grundsätze verteidigt.

Die Präsidentin der Europäischen Kommission erklärte am Ende der Verhandlungen, sie sei zufrieden und erleichtert. Der Brexit hat uns sehr viel Zeit und Energie gekostet. Nun ist er vollbracht. Das Vereinigte Königreich wird seine Reise jetzt allein fortsetzen müssen. Die Europäische Union muss sich auf ihre eigene Zukunft und auf ihre globalen Aufgaben konzentrieren.

Das Abkommen über unsere künftigen Beziehungen ist komplex. Seine Umsetzung und Durchführung birgt viele Risiken und Herausforderungen. Vor uns liegen schwierige Zeiten. Ein solches Abkommen gab es noch nie, und einige Aspekte sind nach wie vor offen. Wir werden also weiterhin miteinander reden müssen. Der Dialog der Gesetzgeber wird von grundlegender Bedeutung sein. Unsere britischen Freunde werden erst im Laufe der Zeit begreifen, was es wirklich heißt, ein Drittland zu sein. Das Gute ist, dass uns der erzielte Deal helfen wird, den Dialog fortzuführen.

Professor Danuta Hübner,

Mitglied des Europäischen Parlaments



Schwerpunkte des portugiesischen EU-Ratsvorsitzes: Umsetzung des MFR, Brexit-Abkommen und Impfstrategie

Seit dem 1. Januar 2021 führt Portugal den EU-Ratsvorsitz - unter dem Motto „Zeit zu handeln: ein fairer, grüner und digitaler Aufschwung“.

Der portugiesische Ratsvorsitz steht vor der schwierigen Aufgabe, die gegen Ende des deutschen Ratsvorsitzes auf dem Papier getroffenen Vereinbarungen über den mehrjährigen Haushaltsrahmen (MFR) der EU und den Aufbaufonds in die Praxis umzusetzen, wobei es das Post-Brexit-Abkommen mit dem Vereinigten Königreich umzusetzen und die Durchführung der COVID-19-Impfungen in Europa zu überwachen gilt.

Diese Präsidentschaft verfolgt in den nächsten sechs Monaten fünf klar definierte Ziele:

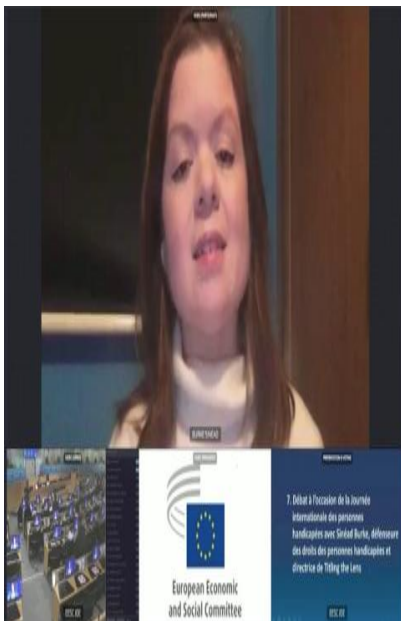
- den MFR implementieren, indem die notwendigen Rechtsvorschriften erlassen und die einschlägigen Programme eingeleitet werden;
- die Mittel aus dem Resilienz- und Aufbaufonds schnellstmöglich den Mitgliedstaaten zugänglich machen und so den grünen und digitalen Wandel beschleunigen;
- die Impfstrategie für Europa erfolgreich umsetzen und zu Impfungen in anderen Teilen der Welt beitragen;
- die europäische Säule sozialer Rechte umsetzen und ihr auf dem für den 7./8. Mai in Porto geplanten Sozialgipfel einen entscheidenden Impuls verleihen;
- die Beziehungen der EU mit wichtigen strategischen Partnern wie Indien und Afrika stärken und die Beziehungen zu den USA wieder ins Lot bringen.

Mit seinem Beitrag zu den Arbeiten des portugiesischen Ratsvorsitzes möchte der EWSA sicherstellen, dass die Stimme der europäischen Zivilgesellschaft Gehör findet. Insbesondere wird der EWSA die Standpunkte der Zivilgesellschaft durch Stellungnahmen vermitteln, die er derzeit auf Ersuchen der Präsidentschaft zu folgenden Themen erarbeitet:

- Herausforderungen der Telearbeit: Arbeitszeitgestaltung, Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und Recht auf Nichterreichbarkeit
- Berufsbildung: Wirksamkeit von Antizipierung und Abstimmung von Qualifikationen und Arbeitsmarkterfordernissen sowie Rolle der Sozialpartner und Interessenträger
- Die Rolle der Sozialwirtschaft bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte
- Telearbeit und Geschlechtergleichstellung: Wie kann gewährleistet werden, dass Telearbeit die ungleiche Verteilung unbezahlter Betreuungs- und Hausarbeit zwischen Frauen und Männern nicht verschärft, sondern die Geschlechtergleichstellung fördert?
- Der einheitliche europäische Eisenbahnraum
- Lebenslanges Lernen im Rahmen der allgemeinen und beruflichen Bildung: Förderung der Kompetenzen für die Schaffung einer gerechteren, kohärenteren, nachhaltigeren, digitaleren und widerstandsfähigeren Gesellschaft in Europa

Portugal hat den halbjährlich wechselnden EU-Ratsvorsitz vom 1. Januar bis 30. Juni inne. Danach übernimmt Slowenien die Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2021 und beschließt damit den von Deutschland eröffneten Dreivorsitz.

Es handelt sich um den vierten Ratsvorsitz Portugals seit dem Beitritt des Landes zur EU im Jahr 1986. (mr)



Prominente Aktivistin für Behindertenrechte Sinéad Burke zu Gast im EWSA

Am 2. Dezember fand auf der Plenartagung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses eine Debatte mit Sinéad Burke statt, die sich als Schriftstellerin und Aktivistin für die Rechte von Menschen mit Behinderungen einsetzt. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Stärkung der Stellung behinderter Menschen und ihre Teilhabe an allen Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens der EU und darüber hinaus.

Am Vortag des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderungen stand die Debatte ganz im Zeichen der inspirierenden und sehr persönlichen Rede von **Frau Burke**.

„Arbeiten Sie mit behinderten Menschen zusammen anstatt für sie! Nur so können wir etwas verändern. Ich bin so dankbar, dass ich hier vor Ihnen sprechen darf und dass Sie diese Debatte anstoßen. Dabei dürfen wir es allerdings nicht belassen. Es geht hier um eine Bewegung. Machen Sie mit!“, sagte **Frau Burke** auf der EWSA-Plenartagung in ihrer ersten Rede vor einer EU-Institution.

Gerade wurde sie mit einem Literaturpreis für ihr erstes Buch *Break the Mould* („Neue Wege gehen“) ausgezeichnet, in dem Kinder dazu ermutigt werden, Unterschiede zu akzeptieren und stolz darauf zu sein, so zu sein, wie sie sind. Als erste kleinwüchsige Person hat sie es auf die Titelseite der *Vogue* geschafft und

durfte an der Met Gala teilnehmen. Mit ihrem Unternehmen „Tilting the Lens“ setzt sie sich für einen systemischen Wandel in der Wahrnehmung und Behandlung von Menschen mit Behinderungen in den Bereichen Bildung und Design ein.

Frau Burke wurde von EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** begrüßt, die in ihrer Ansprache die Bedeutung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen hervorhob. Dieses bahnbrechende internationale Übereinkommen habe die Art und Weise, wie wir Behinderung wahrnehmen, grundlegend verändert.

„Leider ist die Lage nach wie vor schwierig, und es sind weitere Anstrengungen erforderlich“, sagte **Frau Schweng**.

Die Redner betonten während der Debatte die Bedeutung inklusiver Bildung und Beschäftigung, barrierefreier Arbeitsplätze und der Verwendung einer Sprache, mit der sich Menschen mit Behinderungen wohl und sicher fühlen. Zudem müssen Menschen mit Behinderungen in alle Entscheidungen eingebunden werden, die sie unmittelbar betreffen.

In der Debatte wurde ferner klar, welche verheerenden Auswirkungen die Pandemie auf Menschen mit Behinderungen hat.

„Die EU-Strategie für Menschen mit Behinderungen für das nächste Jahrzehnt kann ihre Wirksamkeit nur dann entfalten, wenn die Folgen der Pandemie berücksichtigt werden und es gelingt, Einfluss auf die Politik und die Ausgaben der Mitgliedstaaten zu nehmen“, mahnte der Vorsitzende der thematischen Studiengruppe Rechte von Menschen mit Behinderungen des EWSA, **Pietro Vittorio Barbieri**.

Ioannis Vardakastanis, EWSA-Mitglied und Vorsitzender des Europäischen Behindertenforums, fügte hinzu, dass die Entscheidungsträger Menschen mit Behinderungen bisher vernachlässigt hätten, anstatt sie zu schützen und sie vorrangig zu behandeln.

„Auch das Leben von Menschen mit Behinderungen und ihre Gesundheit sind wichtig“, betonte er. (II)



Einheitliche Rechte für Menschen mit Behinderungen

Nachstehend können Sie einige der wichtigsten Aussagen der Teilnehmer der Online-Pressekonferenz nachlesen, die das Pressereferat am 2. Dezember anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderungen 2020 veranstaltet hat.

Welche Erkenntnisse lassen sich für Menschen mit Behinderungen aus der seit fast einem Jahr andauernden Coronaviruskrise ziehen?

Dies ist nur eine von vielen Fragen. Lesen Sie hier, was unsere Gäste darüber denken.

Kurz gefasst

Sinéad Burke – Irische Verfechterin der Rechte von Menschen mit Behinderungen und Direktorin von *Tilting the Lens*: „*Ich bin eine behinderte Frau, ich bin Pädagogin, Schriftstellerin und kämpfe für die Rechte von Menschen mit Behinderungen.*“

Ioannis Vardakastanis – EWSA-Mitglied und Aktivist für Menschen mit Behinderungen, Vorsitzender des Europäischen Behindertenforums: „*Ich habe mein Leben dem unablässigen Kampf für die Rechte von Menschen mit Behinderungen gewidmet – von meinem Dorf bis in die ganze Welt.*“

Krzysztof Pater – EWSA-Mitglied und Verfasser des Berichts „Die praktische Ausübung des Wahlrechts durch Menschen mit Behinderungen bei der Europawahl“: „*Seit 20 Jahren versuche ich Menschen mit Behinderungen zu unterstützen, Lösungen für sie zu finden und einen besseren Rechtsrahmen zu schaffen.*“

Pietro Vittorio Barbieri – Vorsitzender der Thematischen Studiengruppe des EWSA zum Thema „Rechte von Menschen mit Behinderungen“: „*Dies ist keine gewöhnliche Zeit; wir erleben gerade eine Rückwärtsentwicklung von der Inklusion hin zur Ausgrenzung. Das größte Problem während der Pandemie ist die Isolation der Menschen.*“

Gut zu wissen...

Wie optimistisch sehen Sie Ihre Bemühungen, Kinder zu ermutigen, Unterschiede zu akzeptieren und sich selbst zu mögen? Wie reagieren sie?

Sinéad Burke: „Ich habe die konkrete Hoffnung, dass die Zukunft besser wird. Wir sagen oft, dass Kinder keine Unterschiede machen, das glaube ich aber nicht. Kinder sehen die Unterschiede sehr wohl, und sie haben ein Bewusstsein für Identität. Kinder unterscheiden sich jedoch insofern von Erwachsenen, als sie mit Neugier reagieren. Ich würde Erwachsene bitten, darauf zu achten, wie Kinder reagieren. Akzeptanz und Neugier sind so wichtig. Erwachsene sollten sich von den Kindern abschauen, wie diese auf Behinderungen reagieren.“

Was können wir tun, damit Menschen und insbesondere Telearbeiter mit Behinderungen in Nordirland hinsichtlich Menschenrechten und Arbeitsbedingungen nicht von der Republik Irland abgekoppelt werden?

Ioannis Vardakastanis: „Die Zusammenarbeit mit Behindertenorganisationen wird fortgesetzt und Themen, die Menschen mit Behinderungen betreffen, stehen ganz oben auf der Tagesordnung. Die Botschaft ist eindeutig. Die Einheitlichkeit der Rechte von Menschen mit Behinderungen muss von allen Regierungen geachtet werden. Sie dürfen nicht durch den Brexit oder andere politische Beschlüsse isoliert werden.“

Pietro Vittorio Barbieri: „Durch das Brexit-Abkommen bis Ende 2020 wird die politische Agenda festgelegt.“

Sinéad Burke: „Auf dem Weg zum Brexit sollten wir uns nicht länger auf Gewinne und Handel konzentrieren, sondern den Schwerpunkt auf die Menschen verlagern. Insbesondere in der Pandemie kommt es darauf an, eine auf die Menschen ausgerichtete Politik zu entwerfen. Ich hoffe, wir werden auch weiterhin zusammenstehen und ausgegrenzte Menschen – oftmals sind dies Menschen mit Behinderungen – unterstützen“.

Krzysztof Pater: „Das Europäische Behindertenforum ist eine wunderbare Plattform. Bei der Erstellung des Berichts und vor den Wahlen zum Europäischen Parlament rechnete niemand mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU, aber es gibt dort eine Reihe von legislativen Lösungen, die von vielen EU-Organisationen berücksichtigt werden sollten.“

Was war Ihrer Meinung nach die größte Auswirkung der Pandemie auf Menschen mit Behinderungen, und welche Aspekte des täglichen Lebens waren am stärksten betroffen?

Krzysztof Pater: „Hier würde ich den fehlenden Kontakt mit Anderen nennen, der sich nicht nur auf die psychische Gesundheit, sondern auch auf das tägliche Leben der Menschen auswirkt (Unterstützung, Einkaufen, Rehabilitation). In den von den Regierungen während der Pandemie festgelegten Aktionsplänen wurden die Menschen in Langzeitpflegeeinrichtungen vergessen.“

Pietro Vittorio Barbieri: „Am stärksten betroffen waren Menschen in Pflegeheimen, die sich isoliert fühlten. Ältere Menschen wurden im Stich gelassen.“

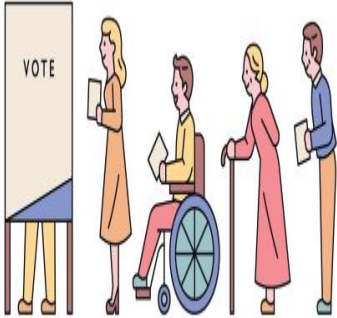
Sinéad Burke: „In der Pandemie wurde bewertet, mit welcher Wahrscheinlichkeit die Menschen eine Behandlung überleben würden. Ältere oder behinderte Menschen hatten geringere Chancen, eine Behandlung zu bekommen. Sind manche Leben mehr wert als andere? Ich denke, dass wir die Umgestaltungen, die wir gerade vornehmen, um soziale Distanzierung zu ermöglichen, nutzen sollten, um neue Grundlagen zu schaffen und darüber nachzudenken, wie die Welt aussehen sollte, wobei Menschen mit Behinderungen im Mittelpunkt dieser Entwicklung stehen sollten“.

Ioannis Vardakastanis: „In Anlehnung an den Wahlspruch der #BlackLivesMatter-Bewegung lässt sich sagen, dass auch das Leben von Menschen mit Behinderungen zählt. In der Pandemie kommt es zu Ausgrenzung, finanziellen Problemen in Bezug auf Gesundheitsausgaben, Diskriminierung und Ungleichheiten im Gesundheitssystem. ‚Nichts über uns ohne uns‘ muss der Leitgedanke für die Änderung der Politik und der Systeme sein, damit das Leben von Menschen mit Behinderungen tatsächlich zählt.“ (at)

EWSA fordert Änderung des EU-Wahlrechts



Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) appelliert an das Europäische Parlament, den Rat sowie die Mitgliedstaaten, den Wahlakt von 1976 dringend zu ändern. So soll gewährleistet werden, dass alle Menschen mit Behinderungen ihr Wahlrecht bei den Europawahlen 2024 auch tatsächlich ausüben können.



In seiner am 2. Dezember verabschiedeten Stellungnahme [Die Gewährleistung der praktischen Ausübung des Wahlrechts durch Menschen mit Behinderungen bei der Wahl zum Europäischen Parlament](#) fordert der EWSA, die Grundsätze einer allgemeinen, geheimen und unmittelbaren Wahl im Text des Wahlakts klarzustellen.

Dies würde der Diskriminierung von Wählerinnen und Wählern mit Behinderungen aufgrund derzeit geltender und von Land zu Land sehr unterschiedlicher Vorschriften bzw. Regelungen ein Ende setzen. Außerdem könnten europaweit rechtliche und technische Hindernisse beseitigt werden, die Millionen Menschen vom Wahlrecht ausschließen.

Die Stellungnahme ist eine Weiterführung des Informationsberichts, in dem festgestellt worden war, dass kein EU-Land in der Lage ist, die uneingeschränkte Teilnahme aller Menschen garantieren zu können.

Die Ergebnisse des zwei Monate vor den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 veröffentlichten Berichts wurden später in der Wahlberichterstattung durch Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen bestätigt.

„Der EWSA hält diese Diskriminierung für nicht hinnehmbar. Sie steht im Widerspruch zu den Grundwerten der EU, den Verträgen und wichtigen völkerrechtlichen und politischen Vereinbarungen“, erklärt **Krzysztof Pater**, der sowohl den Bericht als auch die Stellungnahme erarbeitet hat.

„Unsere Forderung leitet sich aus dem Grundsatz "gleiche Rechte für alle" ab. Wie kann es sein, dass Millionen von Unionsbürgerinnen und -bürgern mit Behinderungen im 21. Jahrhundert ihr Wahlrecht nicht ausüben können und die Entscheidungsträger fast nichts dagegen unternehmen? Das berührt einen zentralen Aspekt der Demokratie in der EU. Es geht auch und vor allem um die Menschenwürde“, so **Berichterstatter Pater**.

Der EWSA ist der Ansicht, dass bestehende Praktiken, die Unionsbürgerinnen und -bürger mit Behinderungen diskriminieren, rasch aufgehoben werden können. Der EU-Wahlakt muss geändert und die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, Standards anzuwenden, die Menschen mit Behinderungen ein faktisches Wahlrecht garantieren.

Zu diesen Standards gehört, dass eine Erklärung aufgenommen wird, wonach Unionsbürgerinnen und -bürger nicht wegen einer Behinderung oder ihres Gesundheitszustands durch nationale Vorschriften an der Teilnahme an der Europawahl gehindert werden dürfen.

In diesen Standards müssen die Grundsätze der unmittelbaren und geheimen Wahl präzisiert werden: alle Menschen mit Behinderungen müssen unabhängig von der Art ihrer Behinderung ohne Unterstützung und geheim wählen können. (II)



Glückwunsch zur Einigung auf eine umfassende Partnerschaft EU-Vereinigtes Königreich

Gemeinsame Erklärung von Christa Schweng, Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA), und Jack O'Connor, Vorsitzender des Begleitausschusses Brexit des EWSA

Wir gratulieren den Verhandlungsführern der Europäischen Union und des Vereinigten Königreichs zum erfolgreichen Abschluss überaus komplexer und schwieriger Verhandlungen über ein Handelsabkommen, das für die Menschen sowohl im Vereinigten Königreich als auch in ganz Europa von großer Bedeutung ist.

Jetzt kann der EWSA alle Möglichkeiten zum Aufbau von Verbindungen zur Zivilgesellschaft im Vereinigten Königreich nutzen.

Zunächst einmal ist die Erleichterung groß, dass sich die EU und die britische Regierung nach langwierigen und komplexen Verhandlungen schlussendlich doch noch auf ein Partnerschaftsabkommen einigen konnten.

Nach der Entscheidung des Vereinigten Königreichs, die Europäische Union am 31. Januar 2020 nach 47-jähriger Mitgliedschaft zu verlassen, war es von größter Bedeutung, zu wissen, wie sich die künftigen Beziehungen zwischen den beiden Partnern gestalten würden.

Das Partnerschaftsabkommen ist das Fundament, auf dem das Gebäude der künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich errichtet wird.

Im Namen des EWSA beglückwünschen wir Herrn Barnier, den Chefunterhändler der EU, und sein Team, die sich durch ihre unstrittige Professionalität, Resilienz und Erfahrung hervorgetan und unermüdlich für eine einheitliche europäische Position eingesetzt haben.

Unsere Glückwünsche richten sich natürlich auch an die britische Delegation, die ihrerseits erfolgreich auf ein unterschriftsreifes Abkommen hingearbeitet haben. Wir sind uns voll und ganz der Tatsache bewusst, dass dies alles andere als leicht war.

Seit dem 1. Januar können sich die Unternehmen, die Arbeitskräfte und die Bürgerinnen und Bürger auf beiden Seiten des Ärmelkanals entsprechend organisieren. Das Partnerschaftsabkommen sorgt für die Sicherheit, die dringend benötigt wird, damit Unternehmen ihre Investitionen planen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Entscheidung über ihren Arbeitsort treffen und Bürgerinnen und Bürger ihren

Wohnort wählen können.

Als EWSA haben wir die Brexit-Verhandlungen aufmerksam verfolgt, u.a. durch einen eigens hierfür eingerichteten Begleitausschuss.

Wir werden uns vor allem um die Optimierung der Zusammenarbeit mit den anderen EU-Institutionen und den wichtigsten Interessengruppen sowie um den Aufbau möglichst vieler Verbindungen zur Zivilgesellschaft im Vereinigten Königreich bemühen. Mehr denn je sehen wir darin eine langfristige Aufgabe des EWSA.

Christa Schweng

Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA)

Jack O'Connor

Vorsitzender des Begleitausschusses Brexit des EWSA



[EU-Haushalt 2021–2027: EWSA über die Wirkung des Standpunkts der Zivilgesellschaft erfreut](#)

Der EWSA begrüßt die Annahme des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021–2027 durch die Staats- und Regierungschefs der EU am 10. Dezember 2020. In den Kompromiss zum EU-Haushalt haben die weitsichtigen und umfassenden Beiträge des EWSA zugunsten eines ehrgeizigeren MFR für die EU ebenso Eingang gefunden wie in den Kompromiss zum Aufbaufonds und in den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus.

Der EWSA unterstützt den Aufschwung in Europa und trägt dazu bei, die Europäische Union stärker, grüner und digitaler zu machen. Dadurch erfüllt er im Rahmen der Politikgestaltung der EU nach wie vor eine einzigartige Funktion. Sein Beitrag als Stimme der organisierten

Zivilgesellschaft hat sich einmal mehr als wichtig erwiesen. Dies zeigen die vielen EWSA-Stellungnahmen zum langfristigen EU-Haushalt, deren Kerngedanken von den anderen EU-Institutionen aufgegriffen wurden.

„Wir müssen auf die Vorteile verweisen, die die Aufstockung des Haushalts 2021–2027 für die Zivilgesellschaft mit sich bringt, so **Cillian Lohan**, der für Kommunikation zuständige Vizepräsident des EWSA. „Ich stelle mit Freude fest, dass der Beitrag des EWSA etwas bewirkt hat. Die Einigung über den neuen mehrjährigen Finanzrahmen und die neue Aufbau- und Resilienzfacilität kommt genau zur rechten Zeit. Wir hoffen, dass damit die Basis für eine schnelle Erholung Europas und eine stärkere und grünere Union gelegt wurde und dass das Endergebnis den Ambitionen und Bedürfnissen der EU entspricht.“

Link zur [Erklärung von EWSA-Präsidentin Christa Schweng zu dem mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 und dem Aufbaufonds](#).

Informationen zu den EWSA-Stellungnahmen, die im MFR berücksichtigt wurden, finden Sie [hier](#). (mp)



[#DigitalServicesAct und #DigitalMarketsAct: Unsere Demokratie muss mit der technischen Entwicklung Schritt halten](#)

Mit ihren jüngsten Initiativen zur Regulierung digitaler Dienste und Märkte will die Europäische Kommission sicherstellen, dass die Anbieter die Verantwortung für die von ihnen angebotenen Dienste übernehmen und dass digitale Großunternehmen den europäischen Märkten nicht ihre eigenen Regeln aufzwingen, erklärte die Exekutiv-Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Margrethe Vestager auf der Dezemberplenartagung des EWSA.

Am 15. Dezember legte die Europäische Kommission das Gesetz über digitale Dienste und das Gesetz über digitale Märkte vor. Mit diesen Rechtsvorschriften, in denen die Erbringung digitaler Dienste und die

Funktionsweise digitaler Märkte geregelt wird, soll die europäische Demokratie den Rückstand nach zwanzig Jahren digitaler Entwicklung aufholen, so **Vestager** auf der EWSA-Plenartagung in der Debatte über **Ein Europa für das digitale Zeitalter**.

Die Präsidentin des EWSA, **Christa Schweng**, hob hervor, dass der digitale Wandel als einer der zwei zentralen Punkte für die Erholung Europas nach der COVID-19-Krise neben der ökologischen Wende stetig an Bedeutung gewonnen habe.

Sie verwies auf eine aktuelle Studie, der zufolge sich der kumulierte zusätzliche Anteil neuer digitaler Technologien am BIP in der EU bis 2030 auf 2,2 Billionen Euro belaufen könnte – das entspräche dem gemeinsamen BIP Spaniens und der Niederlande von 2019.

„Wir brauchen ein europäisches Digitalisierungskonzept, bei dem der Mensch im Mittelpunkt steht“, so **Schweng**. „Ohne das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen werden wir die Chancen der Digitalisierung nicht nutzen können. Dazu müssen wir einen echten europäischen Datenraum schaffen, in dem unsere Daten geschützt und die Wahrung der Privatsphäre und Selbstbestimmung sichergestellt sind. Außerdem müssen wir unter Aufrechterhaltung des globalen digitalen Handels die technologische Souveränität der EU stärken.“

EU-Kommissarin **Vestager** umriss die zentralen Elemente der digitalen Strategie der Kommission: den Schwerpunkt auf der **Mobilisierung privater Investitionen** und auf **Leitinitiativen** (digitale Kompetenzen, digitale öffentliche Dienste und Cybersicherheit) sowie den Aufbau und Einsatz digitaler

Kapazitäten.

„Das Gesetz über digitale Dienste sorgt dafür, dass die Anbieter digitaler Dienste sich ihrer Verantwortung stellen und für die von ihnen angebotenen Dienste geradestehen müssen. So wollen wir das Vertrauen wiederherstellen“, unterstrich **Vestager**. „Das Problem sind illegale Online-Inhalte und Produkte, die nicht den Vorschriften entsprechen, die für physische Produkte gelten. Beides sollte behoben werden, und zwar auf europäischer Ebene.“

„Das Gesetz über digitale Märkte“, fuhr sie fort, „wird den marktbeherrschenden Konzernen zeigen: Selbstverständlich könnt ihr in Europa Geschäfte machen und natürlich gönnen wir euch euren Erfolg, aber im Sinne eines fairen Wettbewerbs und der bestmöglichen Versorgung der Verbraucher gibt es eine Reihe von Verhaltensregeln, die ihr beachten müsst, sobald ihr eine solche Position erreicht. Der springende Punkt ist, dass der Markt für uns als Verbraucherinnen und Verbraucher da ist und dass wir eine Technologie wollen, der wir wirklich vertrauen können.“ (dm)



Öffentliche Dienste in den Mitgliedstaaten sichern Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der EU

EWSA spricht sich für eine Reihe gemeinsamer Grundsätze für öffentliche Dienste aus, um die Mitgliedstaaten bei der uneingeschränkten Achtung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen.

In einer [auf seiner Plenartagung am 2. Dezember verabschiedeten Stellungnahme](#) weist der EWSA darauf hin, dass öffentliche Dienste zu sozialem Fortschritt und zu einer lebendigen Gesellschaft beitragen, indem dafür gesorgt wird, dass sie für alle Bürgerinnen und Bürger, einschließlich schutzbedürftiger und benachteiligter Gruppen, in gleicher Weise universell zugänglich sind. Sie können als entscheidende „automatische Stabilisatoren“ in Krisen wirken, die in den letzten Jahren immer häufiger auftreten, z. B. in den Bereichen Sicherheit, Wirtschaft, Asyl, Umwelt, Klima und Gesundheit.

EWSA-Berichterstatter **Christian Moos** führt dazu aus: „Öffentliche Verwaltung und öffentliche Dienste sind das wichtigste Bindeglied zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Sie sind von entscheidender Bedeutung für eine wehrhafte liberale Demokratie in Europa. Die EU braucht wirksame Mechanismen, um die uneingeschränkte Achtung der Rechtsstaatlichkeit und die Unparteilichkeit der öffentlichen Verwaltung in allen Mitgliedstaaten sicherzustellen.“

Gemeinsame Grundsätze

Der EWSA hat eine Reihe gemeinsamer Grundsätze für öffentliche Dienste und Verwaltungen formuliert:

- Das Recht auf eine gute Verwaltung stärkt das Vertrauen in der Gesellschaft. Transparente öffentliche Dienste gewährleisten eine unabhängige Aufsicht und tragen zur Korruptionsbekämpfung bei.
- Öffentliche Dienste können schützend für die Rechtsstaatlichkeit wirken. Beschäftigte der öffentlichen Dienste müssen so geschützt und abgesichert sein, dass sie unrechtmäßigen Dienstanweisungen die Folge verweigern können.
- Öffentliche Dienste müssen den freien Zugang zu Informationen erlauben und ungeachtet der Digitalisierung für jedermann den persönlichen Kontakt zur Verwaltung zulassen.

Der EWSA spricht sich ferner für die Interoperabilität öffentlicher Dienste auf europäischer Ebene aus. Unter den öffentlichen Diensten der einzelnen Mitgliedstaaten sollte die Möglichkeit von Personalaustausch und Jobrotation bestehen. Alle öffentlichen Dienste, die an der Vergabe europäischer Gelder beteiligt sind, müssen die Grundsätze für den öffentlichen Dienst einhalten und anwenden. (na)



Neues EU-Migrations-und Asylpaket: Verpasste Chance für dringend benötigten Neustart

Das neue Migrations- und Asylpaket der EU wurde auf einer hochrangigen Konferenz des EWSA scharf kritisiert. Nach Auffassung von Vertretern der Zivilgesellschaft, von Denkfabriken und des Europäischen Parlaments bewirkt das neue Paket nicht die Veränderungen, die für die Schaffung eines angemessenen gemeinsamen europäischen Migrations- und Asylsystems erforderlich sind.

Am 26. November nahmen Interessenträger – darunter Vertreter der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und des Rates sowie von Denkfabriken, Sozialpartnern und Organisationen der Zivilgesellschaft – an einer [Online-Anhörung zum neuen Migrations- und Asylpaket der EU](#) teil. Die von der Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft (SOC) des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) veranstaltete Konferenz war der Frage gewidmet, ob mit dem neuen Paket der Systemwandel erreicht wird, der

notwendig ist, um die derzeitige Blockade zu überwinden und eine nachhaltige, rationale und auf Rechten beruhende EU-Asyl- und Migrationspolitik in die Wege zu leiten.

Die drei wichtigsten Kritikpunkte der Diskussionsteilnehmer betreffen das gewählte Gesetzgebungsverfahren, das sich auf Regierungszusammenarbeit stützt und die Möglichkeit vorsieht, Verhandlungen einzuleiten, bevor die Kommission einen Legislativvorschlag vorlegt, die dualistische Einteilung von Migranten in „echte Flüchtlinge“ und „Illegale, die abgeschoben werden können“ sowie die neu eingeführten Rückkehrpatenschaften, die es den Mitgliedstaaten ermöglichen, einen solidarischen Beitrag zu leisten, indem sie Abschiebungen für andere Länder durchführen.

Die Mitglieder der vom EWSA zu dieser Initiative eingesetzten Studiengruppe brachten ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, dass sich die meisten Vorschläge im Paket auf das Außengrenzenmanagement beziehen und regulären Einwanderungsmöglichkeiten, sicheren Asylverfahren sowie der Inklusion und Integration von Drittstaatsangehörigen keine gebührende Beachtung geschenkt wird. „Wir sind etwas enttäuscht über den Inhalt dieses Pakets“, erklärte **José Antonio Moreno Díaz**, EWSA-Berichtersteller für die Stellungnahme zum neuen Migrations- und Asylpaket. „Wir wünschen uns ein ehrgeizigeres und konstruktiveres Paket, das in Bezug auf die Menschenrechte realistischer ist.“ (na)



Einheitlicher europäischer Luftraum – neuer Vorschlag der Kommission möglicherweise nicht ausreichend

Die Europäische Kommission und die Interessenträger der Luftfahrt sollten wieder zusammenkommen, um die Ziele der neuen Verordnung über den einheitlichen europäischen Luftraum zu präzisieren, heißt es in einer kürzlich verabschiedeten Stellungnahme des EWSA.

Es ist nach wie vor fraglich, ob der Entwurf der Kommission ausreichen wird, um die ursprünglichen Ziele des einheitlichen europäischen Luftraums, d. h. die Reduzierung der CO₂-Emissionen und die

Verbesserung der Effizienz des Flugverkehrsmanagements und der Flugsicherungsdienste, zu erreichen.

Der EWSA hat dieses Thema in einer von **Dumitru Fornea** ausgearbeiteten und auf der Plenartagung verabschiedeten Stellungnahme aufgegriffen.

Während der Debatte erklärte **Herr Fornea**: „Die Funktion des Netzmanagers muss präzisiert werden, insbesondere im Hinblick auf den Gesamtumfang, die Auswirkungen auf die Flugplanung, das Kapazitätsmanagement, die Luftraumauslegung, die Umwelt und die Priorisierung bei der Nachfrage. Alle Interessenträger in der Luftfahrt sollten in wichtige Entscheidungen einbezogen werden. Der Grundsatz einer aussagekräftigen Konsultation muss Teil des Rahmenvorschlags sein.“

Die dramatischen Folgen der COVID-19-Krise für die Luftfahrt werden im Kommissionsvorschlag überdies gänzlich außer Acht gelassen. In diesem Zusammenhang empfiehlt der EWSA die Durchführung einer Folgenabschätzung, um die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sowohl auf Arbeitnehmer als auch auf Dienstleistungsnutzer gebührend zu berücksichtigen. (mp)



Blockchain-Technologie und Bergbauindustrie: gemeinsam in die Zukunft

Blockchain-Technologien könnten der Bergbauindustrie künftig nützliche Lösungsansätze bieten, doch sollten beim digitalen Wandel auch die sozialen Auswirkungen berücksichtigt werden. Das war die wichtigste Botschaft des Online-Diskussionsforums, das die Beratende Kommission für den industriellen Wandel (CCMI) des EWSA am 14. Dezember 2020 veranstaltete.

„Bergbauunternehmen, die den digitalen Wandel eingeleitet haben, können bereits Verbesserungen in den Bereichen Sicherheit, Nachhaltigkeit, Produktivität und Gewinn verzeichnen. Blockchain ist die Zukunft der Industrie, aber über die Steuerung dieser Technologie muss

noch diskutiert werden. Wir müssen auch dafür sorgen, dass die sozialen und territorialen Ungleichgewichte infolge der Veränderungen im Rahmen des neuen Grünen Deals und der Kreislaufwirtschaft weitgehend abgebaut werden“, sagte **Pietro De Lotto**, Vorsitzender der CCMI.

Diese Meinung wurde auch von CCMI-Mitglied **Hilde Van Laere** aufgegriffen: „Blockchain ist das Kernstück des digitalen Wandels und hat das Potenzial, Unternehmen und die gesamte Gesellschaft zu verändern – nicht nur die Bergbauindustrie. Alle Unternehmen in allen Branchen wurden durch die Blockchain-Technologie verändert. Gleiches gilt für den Bergbausektor. Für ihn bietet sie äußerst nützliche Anwendungen, da mit ihrer Hilfe Sicherheit und Transparenz bei geschäftlichen Transaktionen gewährleistet und Änderungen von Dokumenten und Geschäftsvereinbarungen verfolgt werden können.“

An der Debatte beteiligten sich zahlreiche Interessenvertreter aus der Industrie und verschiedenen Institutionen: der schwedische Verband der Bergbauindustrie, das Bergbauunternehmen MineSpider, Kamni Chain, IndustriALL Norwegen, die Internationale Beobachtungsstelle für Rohstoffe, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Europäische Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst (EAD).

Das Webinar war Teil der Folgemaßnahmen zu der von **Marian Krzaklewski** und **Hilde Van Laere** erarbeiteten Stellungnahme CCMI/176 [„Digitaler Bergbau in Europa: Neue Lösungen für eine nachhaltige Rohstoffgewinnung“](#), die der EWSA auf seiner September-Plenartagung verabschiedet hatte. (mp)



Handlungskompetenz ist eine maßgebende Voraussetzung für den Erfolg des europäischen Klimapakts

Der EWSA erkennt in dem Vorschlag der Europäischen Kommission für einen europäischen Klimapakt voller Genugtuung seine Empfehlungen wieder. So sollen bestehende und neue Klimaschutzmaßnahmen über Peer-Learning, Bildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen, Kapazitätsaufbau, Beseitigung von Hemmnissen und Erleichterung des Zugangs zu Finanzierung unterstützt werden.

Das Übereinkommen von Paris hat durch die Weichenstellungen für globale Klimaneutralität den politischen Diskurs verändert und die Regierungen und Interessenträger zu praktischem Handeln ermutigt. Dieses Ergebnis wäre ohne die beispiellose Mobilisierung aller zivilgesellschaftlichen Akteure undenkbar gewesen. Die aktive Beteiligung aller Teile der Gesellschaft ist eine notwendige Voraussetzung

für den Erfolg der Klimapolitik in der EU.

EWSA-Mitglied **Peter Schmidt**: „Der Klimapakt bietet eine maßgebliche Gelegenheit, einen modellhaften innovativen und partizipativen Ansatz zu entwickeln, der die Aktionen, die in der Zivilgesellschaft in Gemeinschaften, Städten und Regionen bereits stattfinden, abbildet, unterstützt und inspiriert.“

Der EWSA will gemeinsam mit der Europäischen Kommission und anderen EU-Institutionen eine [Plattform der Interessenträger für den Europäischen Klimapakt](#) errichten, die auf Inklusion, Transparenz und einer echten Teilhabe und Eigenverantwortung der Klimaschutzakteure auf allen Ebenen gründet.

Zudem würde die Einrichtung eines [EU-Forums für Klimaschutzfinanzierung](#) im Rahmen des Pakts Prozesse echten gegenseitigen Lernens anregen, den Zugang zu Finanzmitteln fördern und Hindernisse abbauen. Ein Mechanismus zur Einbeziehung junger Menschen in Klima- und Nachhaltigkeitsfragen wie die [vom EWSA vorgeschlagenen Jugendklima- und -Nachhaltigkeitsdebatten](#) sollte fester Bestandteil dieses Pakts sein. (mr)



EWSA schließt sich den Bemühungen der EU um eine Erneuerung der Beziehungen zu den USA an

Der Begleitausschuss Transatlantische Beziehungen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) trat am 15. Dezember zusammen, um infolge der US-Präsidentenwahlen wieder eine starke Partnerschaft mit der US-amerikanischen Zivilgesellschaft aufzubauen.

Der bevorstehende Amtsantritt des neuen US-Präsidenten bietet der EU und den USA die einzigartige Gelegenheit, ihre Partnerschaft und Freundschaft nach den erheblichen Rückschlägen der letzten Jahre auf der Grundlage der gemeinsamen demokratischen Werte, der gemeinsamen Geschichte und den gemeinsamen Interessen zu erneuern.

Ziel der Online-Sitzung des EWSA-Begleitausschusses Transatlantische Beziehungen vom 15. Dezember, an der auch MdEP **Radosław Sikorski**

sowie der Abgeordnete des US-Kongresses **William Hurd** teilnahmen, war die Wiederaufnahme des Dialogs mit der Zivilgesellschaft.

Radosław Sikorski betonte, wie wichtig direkte Kontakte zwischen den Menschen und eine stärkere Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft im Einklang mit der neuen transatlantischen Agenda seien. „Die politischen Differenzen zwischen der EU und den USA sind nicht verschwunden, aber guter Wille, Gleichberechtigung und Vertrauen sind ein guter Anfang“, so Sikorski.

William Hurd sprach sich nachdrücklich für den transatlantischen Dialog aus: „Amerika kann seine Führungsrolle nicht alleine wahrnehmen. Wir müssen zeigen, dass wir Allianzen schmieden können“. Da China auf der internationalen Bühne immer selbstbewusster auftritt, müssten die EU und die USA unbedingt zusammenarbeiten.

Für **Peter Chase**, Senior Fellow am German Marshall Fund of the United States, ist eine ehrgeizige Strategie wesentlich für die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen: „Eine starke Wirtschaft kommt der Zivilgesellschaft, den Thinktanks, Unternehmen und Investitionen zugute“.

Matthias Jørgensen von der Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission erläuterte die neue transatlantische Agenda der Kommission und appellierte an die USA, sich dem Kampf für eine gesündere, sichere, wohlhabendere und demokratischere Welt nach COVID-19 anzuschließen sowie für den Schutz unseres Planeten und in den Bereichen Technologie, Handel und Standards zusammenzuarbeiten.

Garrett Workman, leitender Direktor für europäische Angelegenheiten der US-Handelskammer, unterstrich, dass „der Handel die Ausgangsbasis bildet, um viele Fehlentscheidungen der amerikanischen Politik der letzten Jahre wieder richtigzustellen“.

Außerdem präsentierte der EWSA das ehrgeizige Vorhaben **„Brücken über den Atlantik bauen“**, bei dem die Rolle der Zivilgesellschaft und die Bedeutung ihres Handelns auf die erneuerte transatlantische Partnerschaft herausgestellt werden. Ziel des Projekts ist es, Menschen und ihre Aktivitäten zu vernetzen und in einer Zeit, in der es mehr denn je darauf ankommt, gemeinsame Grundlagen und Lösungen zu finden, liberalen Stimmen auf beiden Seiten des Atlantiks Gehör zu verschaffen. (at)

AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



Unternehmen in der EU bereit, den ökologischen und digitalen Wandel in Angriff zu nehmen

vom Vorsitzenden der Gruppe Arbeitgeber Stefano Mallia

Klimaneutralität und eine führende Rolle Europas im digitalen Bereich werden nicht leicht zu erreichen sein. Die Transformationsagenda des europäischen Grünen Deals ist ebenso anspruchsvoll wie dringend erforderlich. Manchen CEO mag dies wie eine Herkulesaufgabe erscheinen, doch sind die Arbeitgeber in der EU bereit, für den ökologischen und digitalen Wandel einen Gang hochzuschalten.

Die Senkung der CO₂-Emissionen wird für energieintensive Branchen mit hohen Energiekosten verbunden sein, während gleichzeitig ein umfassender Strukturwandel durchgeführt werden muss, der für die Industrie sowie den Verkehrs- und Energiesektor Wettbewerbsnachteile auf einem hart umkämpften Weltmarkt mit sich bringen kann.

Nichtsdestotrotz ist sie möglich, wenn dem übergreifenden klimapolitischen Ziel der EU eine ehrgeizige Industriepolitik zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit zur Seite gestellt wird. Zudem ist eine ebenso ehrgeizige Energiepolitik erforderlich, die die langfristige Sicherung der Energieversorgung und erschwingliche Energiepreise zum Ziel hat. Die überarbeitete Industriestrategie, die von der Kommission voraussichtlich Anfang 2021 vorgelegt wird, muss bei verschiedenen Aspekten der Energiepolitik und der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie eindeutig einen Ausgleich schaffen.

Gleichzeitig sind digitale Lösungen unerlässlich für Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele des Grünen Deals. Europas Rückstand bei der Digitalisierung und der Hochgeschwindigkeitsanbindung erfordert einen „digitalen Deal“ für Europa.

Wir sind überzeugt, dass die europäischen Unternehmen über die Forschungskapazitäten und technischen Lösungen verfügen, um Europa zu einem führenden unabhängigen Akteur im digitalen Bereich zu machen.

Eine Größe fehlt allerdings in dieser Gleichung, und das sind die Investitionen. Das EU-Aufbaupaket soll umfassende finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln bereitstellen, die durch private Mittel ergänzt werden muss, wenn wir die für einen erfolgreichen Wiederaufbau erforderlichen Voraussetzungen schaffen wollen.

Wir müssen heute die entscheidenden Weichen stellen. Wenn es uns jetzt nicht gelingt, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, wird dies tiefgreifende und dauerhafte Auswirkungen auf Europas Gestaltungsmöglichkeiten der globalen Zukunft haben. Ein Scheitern können wir uns nicht erlauben.

Am 9. Dezember veranstaltete die Gruppe Arbeitgeber ein Webinar zum Thema „Dekarbonisierung und Digitalisierung vor dem Hintergrund der Globalisierung“. Die hieraus resultierenden Empfehlungen an die EU-Entscheidungsträger finden Sie hier: <https://europa.eu/dN89jx>



Industrieller Wandel erfordert Gleichgewicht zwischen Sozialem, Wirtschaft und Umwelt

von der Gruppe Arbeitnehmer

Der industrielle Wandel könnte zu besseren Arbeitsplätzen und Arbeitsbedingungen, nachhaltigem Wachstum und Inklusion führen. Er könnte aber auch massive Ungleichheit, Armut und Massenarbeitslosigkeit in bestimmten Bevölkerungsgruppen bedeuten und letztlich den sozialen Zusammenhalt zerstören.

Dann wären die EU und sogar die Demokratie in Gefahr.

Nicht von ungefähr haben historische Veränderungen der materiellen Voraussetzungen von Produktion und Arbeitsbeziehungen die Gesellschaft immer wieder in ihren Grundfesten erschüttert.

Wie sich der Wandel gestaltet, hängt allerdings in hohem Maße von politischen Entscheidungen ab. Auf seiner letzten Plenartagung im Dezember 2020 [verabschiedete der EWSA eine wegweisende Stellungnahme](#) zum industriellen Wandel, die auf Ersuchen des Europäischen Parlaments erarbeitet worden war. Darin wird exemplarisch die Notwendigkeit von Fairness und Gerechtigkeit in der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung von Industrie und Arbeitswelt dargelegt.

Bei der Überwindung des pandemiebedingten Konjunkturerinbruchs und der Schaffung einer widerstandsfähigeren, modernen, grünen, digitalen und inklusiven Wirtschaft und Gesellschaft darf vor allem eine starke soziale Komponente nicht fehlen. Die europäische Säule sozialer Rechte muss im Mittelpunkt dieses Wandels stehen. Es bedarf einer klaren, breiten und starken Beteiligung der Sozialpartner und eines festen und klaren Regelungsrahmens.

In der Stellungnahme wird daher auf dieses so notwendige – aber häufig übersehene – ökologische, wirtschaftliche *und* soziale Gleichgewicht hingewiesen: Niemanden zurückzulassen ist weit mehr als nur ein gut gemeinter Grundsatz. Es ist geradezu unerlässlich, um die Welle des Populismus zu brechen, die sich im Kielwasser der Krise von 2008 und der daran anschließenden Sparpolitik ausgebreitet hat. (prp)



Oft vergessen: Armut unter Selbständigen

von Ronny Lannoo, Mitglied der Gruppe Vielfalt Europa des EWSA, belgischer Mittelstandsverband UNIZO

Wer denkt bei Selbständigen nicht an Erfolgsmenschen, die das „schnelle Geld“ machen? Dieses Zerrbild lässt die zahlreichen Herausforderungen, mit denen Unternehmer konfrontiert sind, völlig außen vor. Selbständigkeit ist immer auch ein geschäftliches und privates Risiko.

Und scheitert der Selbständige, ist die (versteckte) Armut oft nicht fern. Dass dies häufig vergessen wird, liegt zum Teil daran, dass Selbständige es gewohnt sind, ihre Probleme weitestmöglich allein zu lösen.

Wenn öffentlich bekannt wird, dass ein Unternehmen Probleme hat, ist das schlechte Publicity und schambehaftet. Solche Unternehmen zögern die Suche nach angemessener Unterstützung hinaus oder vermeiden sie

sogar ganz.

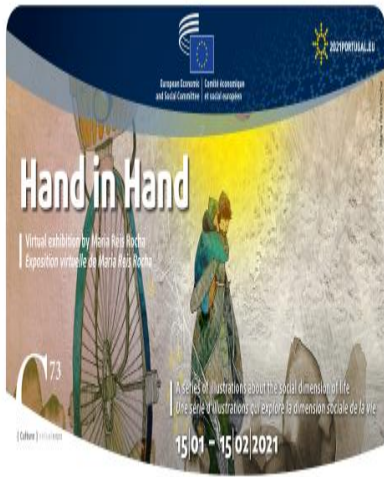
In Belgien leben etwa 12,7 % der Selbständigen unter der Armutsgrenze. Zu den Gründen, warum sie in Schwierigkeiten geraten, gehören schlechtes Management, Unternehmensgründung ohne soliden Geschäftsplan, Krankheit und säumige Zahler.

Und dann gibt es auch noch die Probleme, gegen die Selbständige ganz und gar machtlos sind. Ein dramatisches Beispiel dafür ist die Corona-Krise, die nach den Prognosen der Europäischen Kommission eine Welle von Insolvenzen nach sich ziehen wird.

Wir müssen das Problem erkennen und darüber reden: weniger Angst, mehr Prävention und einfachere Wege, um Hilfe zu suchen. Insbesondere die Wirtschaftsverbände sind gefragt. Sie sollten nicht warten, bis sie angesprochen werden, sondern vielmehr Unternehmen, die in Schwierigkeiten stecken, aufsuchen und sie umfassend über Hilfsangebote informieren.

Dienstleistungen wie Schulungen, Weiterbildungen und Coaching in der Unternehmensführung, frühzeitiges Erkennen von Warnsignalen und andere Maßnahmen könnten viele Insolvenzen verhindern. Einige dieser Maßnahmen wurden während der Pandemie ausgeweitet und verstärkt, doch bleibt noch viel zu tun, um die Armut unter Selbständigen in ganz Europa zu verringern.

SOON IN THE EESC/CULTURAL EVENTS



EWSA-Ausstellung zur sozialen Dimension, die im Zentrum des portugiesischen EU-Ratsvorsitzes steht

Pünktlich zum Start des portugiesischen EU-Ratsvorsitzes, der die soziale Agenda zu einer seiner Top-Prioritäten erklärt hat, präsentiert der EWSA eine virtuelle Ausstellung der portugiesischen Künstlerin Maria Reis Rocha, um den Zusammenhalt und die Solidarität der Menschen zu würdigen.

Hand in Hand umfasst eine Reihe von Illustrationen und kurzen Videos von Maria Reis Rocha (<https://www.mariareisrocha.com/>) zu drängenden sozialen Fragen, wie z. B. psychische Gesundheit, gesellschaftliche Teilhabe und Umgestaltung, hochwertige Bildung, allgemeiner Zugang

zur Gesundheitsversorgung, Bekämpfung von Armut und Rassismus sowie Kinderrechte.

Diese Themen stehen in engem Zusammenhang mit den Prioritäten des portugiesischen Ratsvorsitzes (ein widerstandsfähiges Europa, ein soziales Europa, ein grünes Europa, ein digitales Europa und Europa in der Welt), der am 1. Januar 2021 beginnt.

Es handelt sich um eine kulturelle Premiere – aufgrund der COVID-19-Pandemie wird die Ausstellung vom 15. Januar bis 15. Februar 2021 in digitaler Form präsentiert: <https://www.eesc.europa.eu/de/agenda/our-events/events/hand-hand> (ck)



EWSA bringt junge Menschen aus ganz Europa zusammen: Wie kann die Klimakrise überwunden werden?

Auf der EWSA-Jugendveranstaltung „Your Europe, Your Say!“ (YEYS) 2021 simulieren die Schülerinnen und Schüler eine UN-Klimakonferenz (COP) und beschäftigen sich mit der Frage, wie die Klimakrise bewältigt und das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 erreicht werden kann.

Seit 2010 brachte YEYS jährlich über 100 Schülerinnen und Schüler und mehr als 30 Lehrkräfte aus ganz Europa in Brüssel zusammen, um über die brennenden aktuellen Themen zu diskutieren. YEYS 2021 findet am 18./19. März 2021 coronabedingt in Form einer vollständig virtuellen

Veranstaltung unter dem Titel „**Unser Klima, unsere Zukunft!**“ statt.

33 Schulen nehmen an diesem Jugendplanspiel teil – jeweils eine aus den 27 Mitgliedstaaten der EU und den fünf Kandidatenländern (Nordmazedonien, Serbien, Türkei, Montenegro und Albanien) sowie eine aus dem Vereinigten Königreich. Damit macht der EWSA konkret deutlich, dass er der britischen Zivilgesellschaft nach wie vor eng verbunden bleibt.

Auf dieser 12. Ausgabe der YEYS sollen die kreativen Ideen der Schülerinnen und Schüler dazu eingeholt werden, wie die aktuelle Klimakrise bewältigt und das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 erreicht werden kann.

Die Ergebnisse werden mit internationalen umweltpolitischen Entscheidungsträgern geteilt und auf Konferenzen in ganz Europa verbreitet, u.a. auf der Jugendveranstaltung „EYE“ des Europäischen Parlaments Ende Mai 2021.

Während die Schülerinnen und Schüler an dem Planspiel teilnehmen, finden für die Lehrkräfte Online-Informationsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit den drei größten EU-Institutionen (Europäisches Parlament, Europäische Kommission und Rat der EU) statt. Ziel ist es, ihr Wissen über die Arbeitsweise der EU und über Ressourcen für Jugendliche und Schulen zu erweitern.

Parallel zur YEYS lanciert der EWSA eine Social-Media-Kampagne auf [Instagram](#) und [Facebook](#), um junge Menschen für die Problematik des Klimawandels zu sensibilisieren und für eine nachhaltigere Lebensweise zu begeistern. (cl)

Redaktion

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)
Daniela Marangoni (dm)

Beiträge zu dieser Ausgabe von

Amalia Tsoumani (at)
Chloé Lahousse (cl)
Chrysanthi Kokkini (ck)
Daniela Marangoni (dm)
David Gippini Fournier (dgf)
Ewa Haczyk-Plumley (ehp)
Jasmin Kloetzing (jk)
Katharina Radler (kr)
Laura Lui (ll)
Marco Pezzani (mp)
Margarita Gavanis (mg)
Nicola Accardo (na)
Pablo Ribera Paya (prp)

Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)
Katerina Serifi (ks)

Technical support
Bernhard Knobloch (bk)

Anschrift

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Jacques Delors Building,
99 Rue Belliard,
B-1040 Brussels, Belgium
Tel. (+32 2) 546.94.76
E-Mail: eescinfo@eesc.europa.eu

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der EWSA-Plenartagungen.

EWSA info wird in 23 Sprachen veröffentlicht.

EWSA-Info hat keinen Protokollwert; die offiziellen Aufzeichnungen über die Arbeiten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) können im Amtsblatt der Europäischen Union sowie in anderen Publikationen des EWSA eingesehen werden.

Die Vervielfältigung ist gestattet, sofern EWSA info als Quelle genannt und ein Link an die Redaktion übermittelt wird

01/2021